



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 14.06.2018, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 36. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 17.05.2018
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Sonstige Informationen
 - 7.2. Berichterstattung gem. § 29 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)
8. Informationsvorlagen
 - 8.1. **Vorlage:** I/0036/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei
Auswertung der Kennzahlen der städtischen Haushaltsjahre 2011 bis 2022
 - 8.2. **Vorlage:** I/0035/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei
Information zu Spenden und Sponsoring der Stadt Eberswalde per 31.12.2017

9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

10.1. **Vorlage:** BV/0704/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Bürgermeister
Erklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal

10.2. **Vorlage:** BV/0712/2018 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion
Institutionelle Förderung für das Frauenhaus Barnim

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Jur, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jur stellt fest:

- form- und fristgerecht geladen
- 10 Mitglieder anwesend (**Anlage 1**)
- Wirtschafts- und Finanzausschuss beschlussfähig
- keine Einwendungen

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 36. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 17.05.2018

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

6.1. Frau Oehler, Jüdenstraße, Eberswalde

- gibt ihren Wortbeitrag schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 2**)

Herr Boginski erklärt, dass die Fragen später beantwortet werden, die Beantwortung erfordert ein Zusammentragen von Informationen.

Es wird vereinbart, für Frau Oehler unter Punkt 10.1 Rederecht zu beantragen.

6.4 Albrecht Triller, Erich-Weinert-Straße 1, 16227 Eberswalde

- erklärt, dass seine persönlichen Daten mit in die Niederschrift aufgenommen werden; gibt seinen Wortbeitrag schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 3**)

TOP 7:

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1:

Sonstige Informationen

7.1.1 Frau Stibane:

- anlässlich ihrer letzten Teilnahme am Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, in ihrer Funktion als Verwaltungsdezernentin, bedankt sich Frau Stibane bei den Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

- resümiert, dass es ihr insbesondere wichtig war, den Aufbau eines Berichtswesens in der Haushaltswirtschaft anzuschieben und die Entwicklung des Familiengartens mit Beschluss der Konzepte auf eine solide Basis zu stellen

Herr Jur, der Ausschussvorsitzende, spricht im Namen der Ausschussmitglieder seinen Dank für die sehr gute Zusammenarbeit aus und wünscht Frau Stibane alles Gute für ihre neue Tätigkeit.

7.1.2 Herr Siebert:

- wirbt noch einmal für das Eberswalder Bürgerbudget mit einer Präsentation (**Anlage 4**)

TOP 7.2:

Berichterstattung gem. § 29 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV)

Vor Beginn der Sitzung wurde die Übersicht „Haushaltsdaten ‚Plan‘ / vorläufiges ‚Ist‘ per 31.05.2018“ verteilt (**Anlage 5**).

Herr Siebert berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Tagesordnungspunkt (**Anlage 6**).

Herr Trieloff fragt, wie sich das Grundsteueraufkommen durch die Ausweisung von Bauflächen ungefähr verändert.

Herr Siebert nimmt die Frage mit in die Verwaltung.

TOP 8:

Informationsvorlagen

TOP 8.1:

Vorlage: I/0036/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

Auswertung der Kennzahlen der städtischen Haushaltsjahre 2011 bis 2022

Herr Siebert zeigt zum Thema eine Powerpoint-Präsentation (**Anlage 7**).

Herr Dr. Fischer empfiehlt den Fraktionen sich mit ihren Vorstellungen zur Bewertung der Kennzahlen aktiv einzubringen; möchte wissen, bis wann Vorschläge vorliegen müssen.

Herr Siebert sagt, dass die Hinweise und Vorschläge zu den Kennzahlen des Haushaltes in die Haushaltsplanung 2020 einfließen können, darüber hinaus werden Ergebnisse aus den aktuellen Haushaltsgesprächen eingearbeitet.

Herrn Dr. Spangenberg fallen unterschiedliche Vorgehensweisen bei der Bewertung von Kennzahlen auf, möchte erklärt haben, wie das zusammenhängt, führt das Beispiel auf Seite 1, Zeile 1 der Übersicht Kennzahlen 2011 – 2022 an „Gesamtaufwendungen zur Umsetzung der abgestimmten Vorschläge des Bürgerbudgets“.

Herr Siebert erklärt, dass sich bei dem dortigen Beispiel, dem Bürgerbudget, die Zuständigkeiten geändert haben. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Kämmerei verantwortlich.

Herr Kurth möchte die Notwendigkeit der Ersatzkennzahlen erläutert haben.

Frau Stibane erklärt, dass z. B. eine nicht mehr zielführende Kennzahl durch eine Ersatzkennzahl ersetzt wurde.

Herr Siebert wird die offene Detailfrage in einer kommenden Sitzung beantworten.

Frau Kersten findet es wichtig, dass unbedingt alle Fachämter der Kämmerei zuarbeiten, um eine vollständige Abbildung der Kennzahlen, die aussagekräftig sind, zu erreichen.

Herr Thörmer möchte wissen, ob es Rücksprachen hinsichtlich Kennzahlen mit anderen Kommunen gibt.

Frau Stibane möchte darauf hinweisen, dass es sich in der Informationsvorlage um die im Haushalt abgebildeten Kennzahlen handelt, die den Fokus auf die Zielerreichung in Verbindung mit dem Haushalt legen. Darüber hinaus gibt es die interkommunalen Vergleiche in den einzelnen Fachbereichen. Über das Hauptamt werden regelmäßig Kennzahlen erhoben, um sich mit ähnlich großen Verwaltungen zu vergleichen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 8.2:

Vorlage: I/0035/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

Information zu Spenden und Sponsoring der Stadt Eberswalde per 31.12.2017

Herr Siebert führt in die Informationsvorlage ein.

Herr Sponner fragt, warum Spenden über Jahre gesammelt und nicht verbraucht werden.

Herr Siebert macht den Hinweis, dass die betroffenen Fachämter für die Verwendung der Spende zuständig sind. Er wird die Frage mit in die Verwaltung nehmen.

Herr Dr. Spangenberg möchte wissen, warum manchmal als Spendengeber nur „Kommunales Unternehmen“ aufgeführt wird.

Frau Stibane erklärt, dass der Spender selbst entscheidet, ob er genannt wird. Wenn die Stadtverordneten für die Zukunft möchten, dass Spenden nur angenommen werden, wenn die Spender bereit sind, auch ihre Namen bzw. Firmennamen zu veröffentlichen, dann müsste dies über ein zu schaffendes Regularium so beschlossen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Information zum Spendenbericht per 31.12.2017 zur Kenntnis.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1 Herr Morgenroth:

- fragt, ob es möglich wäre, zeitnah eine gemeinsame Bestreifung von Polizei und Ordnungsamt durchzuführen, um aus gegebenen Anlass, nämlich zahlreicher Verkehrsverstöße von Radfahrern, auf Gefahren im Straßenverkehr hinzuweisen

Frau Stibane nimmt die Anregung mit.

- fragt, angesichts der gestiegenen Kosten für Baumaßnahmen, ob die Verschiebung von einigen Baumaßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt in Betracht kommen könnte

Frau Stibane regt an, die Frage im zuständigen ABPU zu klären, sie weist darauf hin, dass ein Aufschieben nicht zu Kostensenkungen führt und ein Investitionsstau nicht sachdienlich ist.

TOP 10:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1:

Vorlage: BV/0704/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Bürgermeister

Erklärung zur möglichen Übernahme der Schleusen am Finowkanal

Herr Jur beantragt für Frau Oehler Rederecht. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Boginski schlägt vor, sich zuerst die finanziellen Herausforderungen der Stadt Eberswalde genauer anzuschauen, dann etwas zum Verfahren zu sagen und danach in die Diskussion einzusteigen.

Herr Siebert erläutert die finanziellen Herausforderungen und deren Auswirkungen auf zukünftige Haushalte der Stadt Eberswalde anhand einer Powerpoint-Präsentation (**Anlage 8**).

Herr Boginski sagt zum Verfahren, dass zur Zielsetzung in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) und in den Fraktionen ausgiebig diskutiert wurde, dass besonders nach dem Workshop die Diskussion in den Anrainerkommunen vertieft und dabei deutlich wurde, dass die finanzielle Belastung sehr schwierig sein wird bis hin zu Signalen der Kommunalaufsicht, inwieweit Kommunen, die keinen ausgeglichenen Haushalt haben, diese freiwillige Aufgabe übernehmen können. Er teilt weiterhin mit, dass es in der Landesregierung kritisch gesehen wird, dass der Bund sich der Aufgabe „Erhaltung Finowkanal“ entledigen will. Es kam aber auch zum Ausdruck, wenn die Kommunen sich der Aufgabe stellen wollen, dass die Unterstützung des Landes nicht sehr groß sein wird.

Herr Boginski macht deutlich, was ihm nach dem Vorliegen dieser Gemengelage und der Zahlen der Stadt Eberswalde wichtig ist, erstens das einheitliche Handeln der KAG und zweitens die Erhaltung der Gesprächsbereitschaft des Bundes, denn solange die Schleusen funktionieren, wird mit dem Bund verhandelt, dass die KAG das Schleusenregime in bewährter Form vornehmen kann.

Auf den Beschluss der KAG am 04.06.2018 eingehend, sagt Herr Boginski, dass nur eine Zustimmung vorbehaltlich der Gremienbeschlüsse in den Kommunen erfolgen konnte. Das heutige Votum zur Beschlussvorlage, die auch der KAG vorlag, wird in die KAG hineingetragen. Eine Ablehnung der Beschlussvorlage zieht einen neuen Beschluss der KAG nach sich, wie auch immer die KAG sich dann entscheiden wird.

Frau Kersten kann sich mit der durchgeführten Verfahrensweise nicht einverstanden erklären. Sie möchte, dass mit der Beschlussvorlage, der Bund darauf hingewiesen wird, wie die Stadt Eberswalde sich die weitere Verfahrensweise vorstellt. Frau Kersten betont, wie wichtig es ist, dass die Kommunale Arbeitsgemeinschaft bestehen bleibt, als ein stabiler Handlungspartner gegenüber dem Bund.

Herr Kurth fragt nach dem Minus im Haushalt im Jahr 2019 auch ohne die Einbeziehung des Finowkanals, bittet um Erklärung.

Herr Boginski führt dazu aus, dass man sich in der Planstufe 9 der Haushaltsplanung befindet, was bedeutet, dass die Amtsleiter ihre Projekte anmelden, diese aber nicht alle eine Bestätigung finden werden. Die Diskussionsrunden zum Haushalt 2019 mit dem Kämmerer bringen hier Klärung und die endgültigen Zahlen.

Herr Laffin geht auf den Hinweis von Herrn Triller ein, dass der Finowkanal unter Denkmalschutz steht und der Bund als Eigentümer dafür verantwortlich ist.

Herr Boginski sagt, dass es den Fraktionen freigestellt sei, Änderungsanträge zur Beschlussvorlage bis zum Hauptausschuss zu stellen.

Herr Trieloff erklärt, dass er der Beschlussvorlage zustimmen kann. Seine Fraktion hatte sich gegen die Absichtserklärung entschieden. Die Kritik an der Verfahrensweise kann er verste-

hen, sieht es aber als wichtig an, dass die Stadt Eberswalde auch zukünftig ein ernstzunehmender Partner bei ähnlichen Verhandlungen ist. Weiterhin sagt er, dass für die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Bund ein fairer Umgang unerlässlich ist. Herr Trieloff ist der Meinung, dass die Fraktionen nicht ganz uninformiert waren und sie die Vorlage nicht infrage stellen sollten.

Frau Stibane sagt, sich auf die Verfahrensfragen beziehend, dass mit der Absichtserklärung der Bürgermeister ermächtigt worden ist, eine Willenserklärung der Stadt Eberswalde abzugeben. Da diese Willenserklärung nun einzuschränken ist und dies über das laufende Geschäft der Verwaltung hinausgeht, sind die Stadtverordneten gefordert. Die überarbeitete Willenserklärung liegt zur Votierung vor, nachdem der Stadtverwaltung die nötigen Zahlen vorlagen und die finanziellen Belastungen für die Stadt Eberswalde geprüft wurden. Frau Stibane erklärt mit Blick auf die textlichen Anregungen der Fraktionen, dass Erklärungen zu Lasten Dritter, hier des Bundes, nicht durchgesetzt werden können.

Herr Dr. Spangenberg erklärt, dass er für seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen wird und findet es richtig, dass „die Reißleine gezogen“ wurde.

Frau Kersten sagt, noch einmal auf ihren Beitrag eingehend, dass sie deutlich machen wollte, dass ein klarer Auftrag formuliert werden muss, dass die KAG von der Verwaltung beauftragt wird, sich beim Bund für den Erhalt des Finowkanals und damit auch den Schleusenbetrieb einzusetzen. Weiterhin erklärt sie, dass der Bund vielleicht noch einmal daran erinnert werden muss, dass er für die Erhaltung des technischen Baudenkmals zuständig ist.

Frau Kersten stellt abschließend die Fragen, die ihr zu diesem Thema vorrangig erscheinen: „Was wollen wir tun?, Mit wem reden wir?, Welche Forderungen stellen wir?, Wie arbeiten wir mit den anderen Kommunen hinsichtlich der Erhaltung des Finowkanals zusammen?“

Herr Boginski berichtet, dass in der KAG eine positive Stimmung vorherrschte mit dem Ergebnis: „Wir machen weiter“. Die Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft haben sich eindeutig zur touristischen Erschließung der Region am Finowkanal bekannt.

Herr Jauer erinnert daran, dass man sich im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen befindet und möchte, dass die Diskussion stärker auf die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes gelenkt wird.

Frau Oehler geht auf die Punkte 4 und 5 der Beschlussvorlage detailliert ein.

Zum 4. Punkt möchte sie noch einmal erwähnen, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt den Haushalt 2019 plant und u. a. zum Finowkanal Vorschläge mit den Varianten Sanierung oder Rückbau vorliegen hat. Frau Oehler meint, dass keine Zeit mehr bleibt für die Werbung zur Offenhaltung der Schleusen.

Den Punkt 5 sieht sie kritisch, wenn sich der Bund z. B. für den Rückbau, also Stilllegung des Finowkanals entscheidet. Es werden dann keine Schleusenwärter mehr benötigt. Sie fragt den Bürgermeister, wie dann weiter verfahren wird.

Herr Boginski erklärt, dass gemeinsam mit dem Bund nach Lösungen gesucht wird, wie die Schleusen weiter betrieben werden können. Er hat die Information, dass für 2019 die Schleusen betrieben werden können und für 2020 steht die Zusage für eine Bewilligung, wenn alle Schleusen intakt sind. Über Schleusensanierungen oder -schließungen wird der Bund entscheiden. Darauf haben die Anrainerkommunen keinen Einfluss.

Herr Kurth wird sich dafür einsetzen, dass der Bürgermeister mit diesem Beschluss beauftragt wird, dass die Finanzierung der Schleusenwärter in den Haushalten 2019 ff. eingestellt wird.

Herr Boginski weist darauf hin, dass entsprechende Änderungsvorschläge eingereicht werden sollten und wird diese allen Fraktionen zur Verfügung stellen.

Herr Jur ist dafür, mit der vorliegenden Beschlussvorlage die Möglichkeiten für Verhandlungen mit dem Bund offen zu halten. Er hebt die Wichtigkeit des Finowkanals für unsere Region noch einmal hervor und appelliert an alle Anwesenden, sich weiter dafür einzusetzen.

Herr Trieloff stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte an dieser Stelle zu beenden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Es erfolgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

TOP 10.2:

Vorlage: BV/0712/2018 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion

Institutionelle Förderung für das Frauenhaus Barnim

Herr Jur informiert darüber, dass die Beschlussvorlage im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport (ASBKS) am 13.06.2018 einstimmig befürwortet wurde.

Für Herrn Landmann wird Rederecht beantragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Landmann, Vorsitzender des ASBKS, informiert, dass die Vorlage um einen Satz ergänzt worden ist: „Zur Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzung wird eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen.“

Abstimmungsergebnis mit o. g. Ergänzung: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Eine institutionelle Förderung für den Verein „für Frauen“ e.V. als Träger des Frauenhauses Barnim in einer Höhe von 7500,- Euro für das Haushaltsjahr 2019 und jährlich für den Finanzplanzeitraum 2020 bis 2022.

Die Zuwendungen sind ausschließlich für die Betreuung des Frauenhauses bestimmt.

Herr Jur beendet die öffentliche Sitzung um 20:14 Uhr.

J u r
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

Heilmann
Schriftführerin

